

gegen die Aufhebung der Arbeiter- und Soldatenräte... die Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte hinausküsst, ebenso ein Antrag, welcher besagt, daß die Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte die politische Gewalt, das Kontrollrecht, die Besetzung...

Volksbeauftragter Haase berichtet kurz über die Verhandlungen mit den Soldaten. Roske, Beigeordneter zum Reichsmarineamt: Bei dem Marineamt besteht der Wunsch, sobald wie irgend möglich mit der Mannschafteinstellung fortzufahren. Der 58er Ausschuss verlangt die Geschäfte in ungünstigster Weise. Dieser Ausschuss soll nun noch um weitere 11 Mitglieder verstärkt werden. (Hört, hört!)

### Die Friedensverhandlungen.

Beginn: Mitte Januar.

Eine Note der Pariser Agence Havas erklärt, daß die Friedensverhandlungen wahrscheinlich in der ersten Hälfte des Monats Januar beginnen werden. Die belgischen Bevollmächtigten zur Friedenskonferenz sind die Minister Hunsmans und Vanderveelde, sowie der Gesandte beim Vatikan Van den Heuvel.

Aus Paris wird gemeldet, daß Präsident Wilson das für eintritt, bei den Friedensverhandlungen die Geheimdiplomatie nach Möglichkeit auszuscheiden. Der Präsident hält es für wünschenswert, die Sitzungen öffentlich abzuhalten und lediglich bei einzelnen vertraulichen Fragen hinter verschlossenen Türen zu tagen.

Wilson's Absichten.

Die „Morning Post“ meldet aus Paris: Präsident Wilson wird bis zum Abschluß der Vorbedingungen in Europa bleiben. Der Präsident sagte beim Empfang der Pariser Gemeindevorsteher, seine Aufgabe sei, Sieger und Besiegte im Völkerverbund ehrenvoll zusammenzubringen. Der Pariser „Herold“ meldet, daß die Abstimmung im Pariser Ententelegat über den Wilsonschen Völkerverbund am Dienstag erfolgen wird. Es sei bis jetzt eine Mehrheit heraus noch nicht sicher.

Wilson in Paris.

Beim vorgestrigen Nachmittagsbesuch im Pariser Stadthaus erwiderte Wilson auf eine Rede des Stadtratspräsidenten, das amerikanische Volk sei um so starker durch die Ungerechtigkeit dieses Krieges, als es mußte, wie er ausgehebt wurde. Die Vereinigten Staaten seien in den Krieg gegangen, weil sie wußten, wie tief die erbitterten Grundzüge des Rechts dadurch verletzt waren.

Der französische Imperialismus.

Wie die Pariser „Humanité“ mittelst, erkennen die französischen Sozialisten ebenfalls die Neujahresfeier des Volkswillens in Frankreich als Pflicht an. „Rappel“ hofft, Wilson davon zu überzeugen, daß die Mehrheit der Franzosen als einziges Mittel gegen neue Angriffe Deutschlands das linke Rheinufer als Grenze annimmt. Das Blatt fordert, daß deutsche Arbeiter Frankreich wiederherstellen, und daß die Rüststoffe, Maschinen usw. gratis geliefert werden müßten. Von Sklaverei sei nicht die Rede. Denn bestrafte Arbeiter (1) nenne man nicht Sklaven. „Eclair“ schreibt, Frankreich müsse die Forderung Pokens auf den Besitz von Polen und Oberschlesien auf dem Friedensvertrag unterstützen, damit das Versäufelungssystem der Kohlenversorgung Norddeutschlands unter die Kontrolle der Alliierten kommen und die Grenzen nahe an Berlin heranrücken.

Das Schicksal der deutschen Handelsflotte.

Die „Daily Mail“ will erfahren haben, daß durch die Bestimmungen der Waffenstillstandskommission über die Belieferung Deutschlands mit Lebensmitteln der Entscheidung hinsichtlich der Verwertung der deutschen Flotte nicht vorgegriffen worden ist. Die deutschen Schiffe können allerdings bis auf weiteres für die Verbesserung von Lebensmitteln nach Deutschland benutzt werden, diese Verfügung beeinträchtigt jedoch nicht den Entschluß der englischen Regierung, sich an den deutschen Dampfern für die versenkte Tonnage schadlos zu halten. Die englische Regierung bestrebt nach wie vor den Standpunkt, daß die durch die deutsche Unterseeboot-Tätigkeit zerstörten Schiffe Tonnage von neuem ersetzt werden müssen.

Wirtschaftliche Forderungen für Frankreich.

Die Stadterretungen Hagenau, Zabern und Saarcomblé beschließen in Resolutionen, daß ihre Gemeindevertretungen mit großer Mehrheit für die Wiedervereinigung Elsaß-Lothringens mit Frankreich eintreten.

Die Ablieferung der Lokomotiven.

Bei der Übernahme der von uns abzuliefernden Lokomotiven geht die Entente peinlich genau vor. Maschinen, die nicht völlig betriebsfähig sind, werden nicht abgenommen. Es müssen vom 17. bis 20. Dezember 1100 Lokomotiven, vom 27. Dezember bis 3. Januar 1700 Lokomotiven und vom 7. bis 10. Januar weitere 1700 Lokomotiven zur Ablieferung gelangen. Für den Fall, daß diese Bedingungen nicht erfüllt werden, ist als Strafe die Abgabe von weiteren 500 Lokomotiven vorgesehen.

### Schamlose tschechische Entstellungen.

Das System des tschechischen Selbstverrats.

Die Tschechen enthalten nunmehr das ganze System des Selbstverrats: „Rozobni Dity“ schildert dieses.

also! Alles wurde verraten: Truppenbewegungen, Munitionstransporte, strategische Pläne, die wirtschaftliche Lage, Einstellungen der Dase, Ministerbriefe, militärische Geheimbefehle, Statthaltererlasse, Waffenbestellungen, belauschte Gespräche, die Berenlogge, ja sogar ganze Seiten aus Notizbüchern österreichischer Minister. Und diese Dinge gingen in Geheimschrift über die Grenze, die Originale in den Drähten der Regenschirme, in den Händen der Bächer, im Griff des Koffers, als Inhalt der Rucksäcke, oder mit unsichtbarer Tinte auf die feidenen Unterröcke einer Opernsängerin geschrieben oder einmontiert in die Kolben einer Maschine. Gegenüber der „österreichischen Bestie“ war alles erlaubt. Der Verrat wuchs und nahm überhand. Tschechische Kerzte begannen in beträchtlicher Menge Blinddarmeroperationen vorzunehmen, erkrankte Soldaten konnten nicht gesund gemacht werden. Die Spitäler waren gestopft voll. Auch in Kliniken wurden Soldaten beobachtet, deren Krankheiten rätselhaft und unerforschlich waren. Unternehmungen reklamierten die Leute aus dem Militärdienst, ob sie sie brauchen konnten oder nicht. Bürgermeister, Fabrikanten, alles reklamierte, was es nur konnte. Die Kriegsanleihe wurde nicht gezahlt, und wer es tun mußte, trachtete diese Papiere so schnell wie möglich wieder los zu werden. „Mit einem Wort: auf alles, was Österreich von seinen Vätern wollte, antwortete unser Volk mit einem einmütigen Nein!“

Und dieses Gefindel schämt sich nicht, dies offen einzugehen!

### Ein Wiederaufbauversuch des Zarismus fehlgeschlagen.

Eine tschechische Entstellung.

Die Pläne der russischen Reaktionen über die Wiederherstellung der Zarenherrschaft in Russland sind infolge der Entstellungen des Stockholmer Blattes „Dagens Nyheter“ gescheitert. General Trepow ist unverständlicher Dinge wieder nach Finnland abgereist. „Dagens Nyheter“ veröffentlichte noch eine ganze Reihe von Einzelheiten. Danach hat der frühere Ministerpräsident Kozlov zu dem Plan abgelehnt, weil er die Wiederherstellung des Zarentums für hoffnungslos hielt. Trepow habe mit dem jetzigen finnischen Reichsvorstand Mannorheim zusammengehandelt, der 500 000 M. für die Vorbereitung geliefert habe. Jar sollte Großfürst Alexander Michailowitsch, der Schwager des Czaren, werden. Rußland sollte wieder vereinigt werden, Finnland aber selbständig bleiben, außerdem Karelien erhalten und den Besitz der Alandinseln garantiert bekommen. Die neue Regierung sollte einem von Mannorheim geführten Heere nach Petersburg folgen. Da der Erfolg des Planes von der Zustimmung der Entente abhängig war, kam Trepow nach Stockholm, um mit den Ententegegnenden Abklärung zu nehmen. Er wurde von ihnen empfangen, aber seine Pläne wurden kühl aufgenommen. In Stockholm weilende hohe Beamte des alten Regimes, wie Dabidow, Baron Traube und General Judentich, leiteten ihre Stellungnahme ab. Die vorzeitige Veröffentlichung brachte den Plan gänzlich zum Scheitern.

Aktive politische Maßnahmen.

Ausgebungen gegen die polnischen Bestrebungen in Danzig. Eine große Kundgebung der deutschen Bevölkerung Danzigs gegen die polnischen Machtgelüste fand vorgestern nachmittag anlässlich der Annahmestunde des preussischen Ministers Hirsch in Danzig statt. Eine nach Tausenden zählende Menschenmenge zog mit deutschen Fahnen und unter Führung deutscher Lieber zum Oberpräsidium, wo verschiedene Redner zum Ausdruck brachten, daß die alte deutsche Stadt Danzig und die Provinz Westpreußen ewig deutsch bleiben müßten. Der Oberpräsident der Provinz Westpreußen von Jagow sprach zu der Menge und gab die Versicherung ab, daß, solange er Oberpräsident von Westpreußen sei, er seine letzten Kräfte dafür einsetzen wird, daß Westpreußen deutsch bleibt. Von der Versammlung wurde die Ablehnung des nachstehenden Punktelogramms an den Präsidialrat in Paris beschlossen: Im Namen von 180 000 Deutsche Danzigs bitten wir Sie, Herr Präsident, dahin wirken zu wollen, daß Danzig deutsch bleibt. Seit Jahrhunderten deutsch, deutschblütigen die Polen doch, Danzig als polnisches Gebiet zu Leantprechen. Dagegen protestieren wir alle, 98 Prozent Deutsche, gegen nur 2 Prozent Polen.

Kundgebungen in Schleswig. In Flensburg fanden Kundgebungen gegen die Ansprüche der dänischen Partei auf Flensburg und Mittel- und Südschleswig statt.

Englands Willkür auf Helgoland. Der militärische Sachverständige Lord Sudenham verlangt in einem Bericht an die „Times“, daß Helgoland entweder entwaffnet und unter dänische Souveränität gestellt oder unter Garantie, daß die Befestigungen nicht wieder hergestellt werden, England zurückgegeben werde, aber endlich, daß es, falls es in deutschem Besitze bleibt, beratend verändert werden könnte.

Starke Mehrheit für Lloyd George. Lloyd George verfügt im neu gewählten englischen Parlament über eine Mehrheit von 115 Stimmen über alle Oppositionspartien.

Der Hetman als Verräter? Die „Morning Post“ meldet aus Kiew: Der Hetman der Ukraine hat sich den Alliierten zur Verfügung gestellt und die Internierung der noch in der Ukraine stehenden deutschen Truppen angeboten. Die Alliierten zeigen wenig Neigung, der Verräterei des Hetmans Vorstoß zu leisten.

Die italienischen Offiziersverluste. Aus Erklärungen des italienischen Kriegsministers geht hervor, daß Italien während des Krieges 48000 Offiziere verloren hat, von denen 18 000 gefallen sind, während 30 000 Schwarz vermundet wurden.

Auch die Spanier verlassen Deutschland. Das spanische Generalkonsulat in Berlin forberte die spanischen Staatsangehörigen zur Heimreise aus Deutschland auf.

## Don Stadt und Land.

### Die demokratische Bewegung in Aue.

#### Die Verschmelzung der Vereine.

Versammlung im Hotel Victoria.

Ein ungemein wichtiger Schritt in der Einigung und Geschlossenheit des Auer Bürgerturns wurde gestern Abend getan. Die Wahlen zur Nationalversammlung haben von der Aue, desgleichen die zur schlesischen Landesversammlung und zur Stadtverordnetenversammlung, und da gilt es für das gesamte Bürgerturn, gleichwohl, zu welcher politischen Partei der Einzelne sich früher bekannte, in Einmütigkeit zum Wahlergebnis zu streben, um sich eine parlamentarische Vertretung zu sichern, die seiner großen geschichtlichen Vergangenheit sich würdig erweist und Gewähr bietet für einen auch den Interessen des Bürgerturns gerecht werdenden Aufbau des neuen Staates. Nur durch Einmütigkeit und Geschlossenheit ist dieses erstrebenswerte Ziel zu erreichen — von dieser Überzeugung muß jeder durchdrungen sein, der seinen Platz in den Reihen der bürgerlichen Gemeinschaft beansprucht. Und erstensherweise ist diese Uebereinstimmung gestern Abend erzielt worden, sobald man sich der Hoffnung hingeben darf, die Bürgerchaft der Stadt Aue bei den genannten drei Wahlhandlungen geint marschieren zu sehen. Erreicht wurde das durch den Beschluß des Demokratischen Wahlvereins für das Erzgebirge im Deutschen demokratischen Verein für Aue und Umgegend, dem früheren Liberalen Verein, aufzugehen. Die beiden Vereine haben sich also miteinander verschmolzen, dergestalt, daß der Demokratische Wahlverein mit seinen gesamten Mitgliedern dem Demokratischen Verein beigetreten ist und der Liberalen Verein als solcher damit aufgehört hat, zu bestehen. Die weiteren Arbeiten für die Wahlen liegen nunmehr dem großen demokratischen Verein ob, dessen Leitung in die Hände des Herrn Justizrats Raabe gelegt wurde. Möge diese Vereinigung ein gutes Omen sein für die ganze Wahlbewegung in unserem Kreise und den Enderfolg!

Zur Beschlußfassung über die Verschmelzung hatte der Demokratische Wahlverein für das Erzgebirge, Ortsgruppe Aue, zu gestern Abend eine Mitgliederversammlung nach dem Hotel Victoria einberufen, die für den vorläufigen Arbeitsausschuß Herr Direktor Wilsch, Schreiber leitete. Die Versammlung war gut besucht. In seiner Begrüßungsansprache führte er aus, daß, nachdem bisher der Arbeitsausschuß alle Arbeiten erledigt hat, nunmehr zur Gründung des Wahlvereins geschritten werden sollte. (Diese Formalität, ebenso wie die folgenden Wahlen, war erforderlich, damit ein rechtskräftiger Beschluß über die Vereinszusammensetzung herbeigeführt werden konnte. D. Red.). Der Wahlverein — so führte Herr Schreiber fort — zählt bisher 280 Mitglieder in Aue, gleiche Wahlvereine sind in vielen Orten unseres Wahlkreises, insbesondere der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, gegründet worden, und der Demokratische Verein der Frauen und Mädchen in unserer Stadt erfreut sich sogar einer Mitgliederzahl von bereits 350. Die bisher geleistete Arbeit ist also sehr vielversprechend. — Die Versammlung erklärte sich nach diesen Mitteilungen mit der Gründung des Vereins als Ortsgruppe der deutschen demokratischen Partei einstimmig einverstanden und Herr Schreiber vertrat sich daraufhin über die Ziele und Zwecke des Vereins

wie folgt: Kurz nach der Revolution, als das politische und wirtschaftliche Leben darnieder lag, haben sich Vertreter der bürgerlichen Industrie, des Handels und des Gewerbes zusammengesunden, um tätig zu sein für die Wahrung der Rechte des bürgerlichen Lebens. Eine neue Basis mußte geschaffen werden für die gemeinsame Arbeit aller, die Interesse an volkswirtschaftlichen Leben haben, es mußte danach gestrebt werden, das Bewußtsein zu erwecken für das letzte, neue politische Leben, die Demokratie. Wie schon gesagt, beschränkte sich diese Tätigkeit nicht allein auf Aue; das wichtigste Ziel aber war und ist, daß bei den Wahlen außer der sozialdemokratischen Partei in unserem Wahlkreise nur eine demokratische bürgerliche Partei vorhanden ist, um den Neubau des staatlichen Gebäudes mit aufzuführen. Das alles konnte bisher nur vorberreitende Arbeit sein, das übrige wird in Zukunft dem Verein zufallen, dessen Vorstand nun gewählt werden soll.

Die sich anschließende Wahl des ersten Vorstandes fiel einstimmig auf Herrn Justizrat Raabe, der sie dankend annahm mit Hinweis darauf, daß es Pflicht eines jeden deutschen Staatsbürgers sei, politisch tätig zu sein, wenn es von seinen Mitbürgern dazu aufgefordert wird. Die Worte des Wortes werden ja nur kurz sein, denn der Wahlverein sollte ja in einem anderen Verein aufgehen, welcher der großen deutschen demokratischen Partei annehme und sich über ganz Deutschland erstrecken sollte. Der Redner betonte hierauf noch, daß das Bürgerturn einig sein müsse, die Reihen seien vorbei, da man ein Parteistandpunkt reißen könne, alle Einzelwahlen müssen jetzt zurückgestellt werden, nur das Wohl der Gesamtheit darf maßgebend sein.

Nachdem dann Justizrat Raabe den Vorsitz der Versammlung übernommen hatte, wurde als zweiter Vorstehender Herr Wilhelm Schreiber gewählt und als Kassierer Herr Buchdruckereibesitzer Selbmann. Annahme wurde die Anregung gegeben, in den demokratischen Verein überzugehen, und es erging das Wort

Herr Bürgermeister Hofmann

zu etwa folgenden Ausführungen: Wankend wird der Entwurf ja schwerer fallen, aus seiner politischen Vergangenheit sich heraus zu lösen, aber alle Bürgerlichen müssen sich sammeln angesichts der großen Umwälzung, die wir erlebt haben. In der Hauptsache waren es staatspolitische Fragen, welche die Parteien dieses trennten, jetzt aber, wo wir auf dem Boden der Republik stehen, ist auf diesem Gebiete das Trennende fortzuheben. Etwas anders liegen die Dinge freilich auf wirtschaftlichem Gebiete, namentlich durch den Gegensatz zwischen Stadt und Land; da aber der Einfluß des städtischen Grundbesitzes geschwunden ist, wird eine Annäherung sich anbahnen. Auf kulturpolitischem Gebiet, in der Stellung des Einzelnen zur Religion, zur Kirche und Schule, zur Kunst, werden sich die Kräfte auch etwas lösen, aber trotz alledem ist es möglich und dringend geboten, daß politisch das gesamte Bürgerturn einmüßt.

Amnähmungen waren die Mitglieder des demokratischen Vereins erschienen, die nun von Justizrat Raabe mit herzlich Worten begrüßt wurden, worauf er noch bemerkte, daß das Bürgerturn sich der Grenzlinie bewußt sein müsse, die das Gebiet und nicht weiter führt als die Linie, welche die Demokratie von der Sozialdemokratie scheidet. In manchen Punkten habe